

# Arbeitskreis Zivilklausel

## Universität Köln

### Zivilklausel: Jetzt erst recht!

*„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschafts doktrinen oder -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden. [...] Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“*

Albert Einstein, „Für einen militanten Pazifismus“, 1932.

Die öffentliche Debatte suggeriert derzeit in großen Teilen, angesichts des Krieges in der Ukraine könne es Frieden nur noch mit mehr Militär und Aufrüstung geben, die aktuelle Kriegeskalation sei vor allem auch dadurch möglich geworden, dass die Militärs in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden seien und die Abschreckung nicht ausreiche.

Dabei wird ignoriert, dass nicht bessere Waffen und mehr Militär die notwendigen Bedingungen für den Frieden sind, sondern internationale Zusammenarbeit, gegenseitiges kulturelles Verständnis und eine gemeinsame Vertrauensbasis. Und es gilt mit Albert Einstein auch heute:

Ein Bruchteil der Mittel, die für das Militär verpulvert werden, könnte Not und Hunger aus der Welt schaffen und den Frieden in der Welt stärken: Einerseits gibt allein die deutsche Bundesregierung 100 Milliarden Euro unter anderem für Angriffswaffen wie atomwaffenfähige Kampfflieger aus. Andererseits hat die internationale Gemeinschaft den Vereinten Nationen 2021 für die Bewältigung der schlimmsten humanitären Katastrophe unserer Zeit im Jemen nur 2 statt der benötigten 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Zudem hält die Behauptung, es fehle an militärischen Ressourcen, einer wissen-



„Frieden! Die Erde hat den Krieg satt“  
Plakat des französischen  
Graphikerkollektiv Grapus, 1989.

schaftlichen Analyse nicht stand: Die NATO-Länder haben ihre Rüstungsausgaben seit 2015 von 895 Milliarden Euro auf 1175 Milliarden Euro gesteigert – sie betragen bereits zu Jahresbeginn das 18fache Russlands. Diese massive Aufrüstung konnte den russischen Angriff auf die Ukraine nicht verhindern. Gleichzeitig bleibt der Menschheit nur noch wenig Zeit, um den Klimawandel zumindest einigermaßen „in den Griff“ zu kriegen, was internationale Kooperation, und zwar mit der gesamten Welt, erfordert.

Die Universitätskonferenz hat Anfang Oktober diskutiert, wie die Friedenswissenschaften ausgebaut und enger mit den Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeit verbunden werden kann. Unter anderem soll ein neuer Studiengang „Peace Studies“ entstehen; die Etablierung eines Moduls zu den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in allen Lehramtsstudiengängen sowie eine stärkere Einmischung der Uni in die öffentliche Debatte wird diskutiert. Bereits im Juni hat sich die Philosophische Fakultät „für die Kontrolle, Abrüstung und globale Abschaffung von

Atomwaffen, insbesondere den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen“ positioniert, die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät diskutiert derzeit eine Stellungnahme zum Thema.

Wenn auch unklar ist, wie dies im Verhältnis zur nach wie vor verfolgten elitären Exzellenzausrichtung steht, sind dies wichtige Schritte, um die Zivilklausel, die sich unsere Universität 2015 nach intensiven Kontroversen in die Grundordnung geschrieben hat, zu realisieren:

*„Die Universität zu Köln entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren (...) Aufgaben unabhängig von außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer internationalen Zusammenarbeit. Die Universität zu Köln wird regelmäßig auf den genannten Gebieten Aktivitäten entwickeln, z. B. Lehrveranstaltungen oder Forschungstätigkeiten.“*

Darauf lässt sich aufbauen. Packen wir es an!

## Fragen und Antworten zur Zivilklausel

### **Was ist eine Zivilklausel und warum ist sie relevant?**

Eine Zivilklausel ist das verbindliche Ziel von Hochschulen, zu einer friedlichen Weltentwicklung beizutragen.

Damit ist die Zivilklausel eine Aufforderung und Ermunterung für alle Hochschulmitglieder, Lernen und Forschung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse weltweit und die Überwindung von allen Formen von Gewalt (auch der

strukturellen) in Angriff zu nehmen. Die Hochschulen mit ihrem großen Wissensschatz, ihren Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Bildung und Forschung können zu mehr Mündigkeit und Aufgeklärtheit, zur Lösung globaler Zukunftsfragen (wie Klima, Ungleichheit, Krieg/Frieden), zu einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaften, zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen.

Ein solches Selbstverständnis beinhaltet auch eine Absage an Rüstungsforschung. Letzteres ist insbesondere an technisch orientierten Hochschulen wichtig, aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in den Politikwissenschaften, in Geschichte, Linguistik, Sport und Medizin findet Forschung für militärische Zwecke statt. Dabei nicht mitzumachen, hat auch Bedeutung dafür, Unabhängigkeit zu gewinnen um Kriegspolitik zu kritisieren und über ihre Profiteure aufklären zu können.

## Was ist die Geschichte von Zivilklauseln?

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielten im aufkommenden „Kalten Krieg“ entmilitarisierte Zonen als Beitrag zu Deeskalation und Vertrauensbildung eine große Rolle. Dazu gehörte, dass auch die Hochschulen in den entsprechenden Gebieten, vor allem in Berlin, gemäß ei-

ner durch die Alliierten auferlegten Zivilklausel keine rüstungsrelevante Forschung stattfinden durfte. Solch eine Auflage gab es auch für die in den 1950er Jahren in Westdeutschland gegründeten Kernforschungszentren. Die Alliierten wollten zu dieser Zeit verhindern, dass Rüstungs- und Kernforschung in Deutschland unter einem Dach stattfinden. Internationale Großforschungseinrichtungen wie das CERN gaben sich selbst Zivilklauseln, um trotz Ost-West-Konfrontation, internationale Zusammenarbeit zu ermöglichen.



Die Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg ist eine von über 70 Hochschulen in der BRD, die sich einer friedlichen Orientierung verpflichtet haben

Angesichts des sich zuspitzenden Rüstungswettlaufs und einer großen Friedensbewegung in den 1980er Jahren gaben sich weitere Hochschulen Zivilklauseln; nach der „Wende“ erteilten Anfang der

1990er Jahre Hochschulen, Rüstung und Militär eine Absage, um ihre Ressourcen als Teil der „Friedensdividende“ nur noch ausschließlich für zivile Zwecke zu verwenden.

Als 2007 der Zusammenschluss der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe begann, drohte, dass die dortige Zivilklausel abgeschafft werden könnte. Dagegen regte sich Protest. Aus diesem Abwehrkampf heraus wurde zum einen zumindest die Zivilklausel für den Bereich der Kernforschung beibehalten, zum anderen

wurde dies ein Startsignal für die bundesweite Zivilklauselbewegung. Seitdem sind durch friedensbewegtes Engagement an über 70 Hochschulen Zivilklauseln neu eingeführt worden.

## Wie ist die Situation an der Uni Köln?

An der Uni Köln wurde im Dezember 2010 eine Urabstimmung unter allen Studierenden durchgeführt. Diese waren aufgerufen, sich zu folgender Frage zu verhalten: „Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Fast 2/3 der Studierenden (65%) stimmten für eine solche Zivilklausel. Nach vielfältigen Aktivitäten wurde im Mai 2015 schließlich auch in Köln eine Zivilklausel in der Grundordnung

(= der „Uni-Verfassung“) verankert. Dem vorausgegangen war das Engagement von Studierenden, Lehrenden und Gewerkschaften für eine Zivilklausel in ganz NRW, die 2014 von der damaligen Landesregierung eingeführt und 2019 trotz Protests aus breiten Teilen der Gesellschaft<sup>1</sup> von der schwarz-gelben Landesregierung wieder abgeschafft wurde. Trotz Wegfalls der gesetzlichen Regelung gibt es bisher keine Tendenz der Hochschulen, Zivilklauseln wieder abzuschaffen.

Aktuell hätte schwarz-grün die Möglichkeiten, sie wieder einzuführen. Ein solches politisches Signal für friedliche Wissenschaft würde zudem das Land verpflichten, dem Frieden zuträglich Wissenschaft durch eine auskömmliche öffentliche Finanzierung zu ermöglichen.

<sup>1</sup><https://www.zivilklausel.de/broschuere>

**Wer wir sind:** Im Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln engagieren sich seit 2010 Studierende und Mitarbeitende entgegen dem neoliberalen Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ für Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung, die für eine friedliche, demokratische und nachhaltige Entwicklung der Welt wirken. Dies ist angesichts kriegerischer Konflikte und weltweiter Aufrüstung aktueller denn je. 2020 wurde der Arbeitskreis mit dem Friedenspreis der Evangelischen Kirche ausgezeichnet.

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Freitag im Monat um 16:00 Uhr im Gebäude 326, Erweiterungsbau der Theoretischen Physik, im Konferenzraum 0.02:

<https://lageplan.uni-koeln.de/#!326>